

Ihre Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer

Mag. Johannes Pointner

Präsident der AK Oberösterreich

Leiter der AK-Abteilung Wirtschafts-,
Sozial- und Gesellschaftspolitik

**Brennpunkt Niedrigeinkommen:
260.000 verdienen trotz Vollzeit
weniger als 1500 Euro brutto**

Pressekonferenz

Dienstag, 31. März 2015, 10.30 Uhr,

in der AK Linz, Seminarraum 3

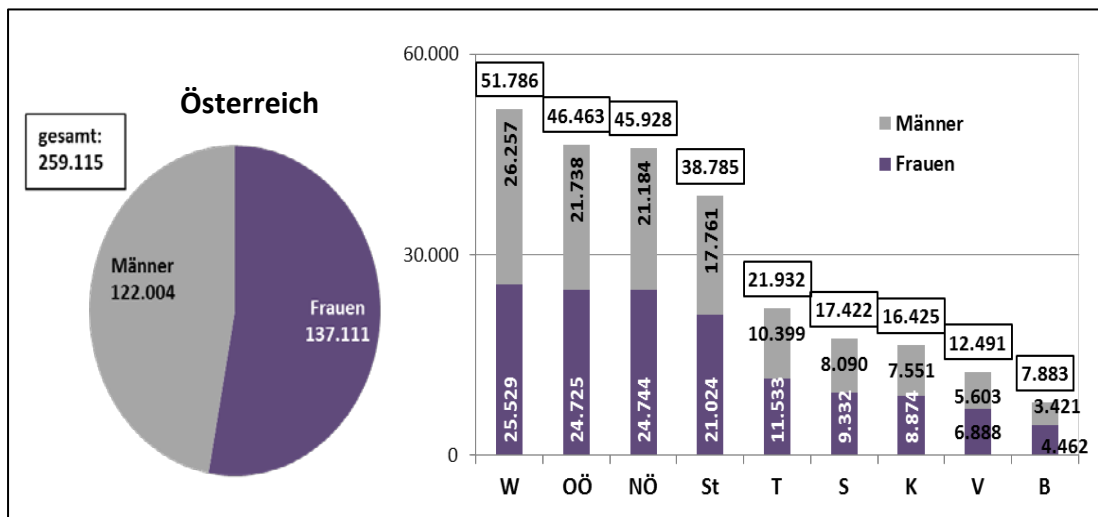
Brennpunkt Niedrigeinkommen

Der Anteil der Vollzeit-Niedrigeinkommen ist bundes- und oberösterreichweit noch immer hoch, obwohl die Gewerkschaften in den letzten Jahren deutliche Lohn- und Gehaltserhöhungen erkämpft haben. Um weitere Fortschritte zu erreichen, sind sowohl sozial- als auch wirtschaftspolitische Maßnahmen notwendig. „1500 Euro Mindestlohn bei Vollzeit in jeder Branche ist unser Ziel. Und die Einhaltung des Lohn- und Sozialdumping-Gesetzes muss wesentlich stärker als bisher kontrolliert werden“, fordert AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer.

Rund 260.000 verdienen trotz Vollzeit weniger als 1500 Euro brutto

Fast 260.000 Arbeitnehmer/-innen in Österreich erhielten 2013 für ihre Vollzeitarbeit monatlich weniger als 1500 Euro brutto. Etwas mehr als die Hälfte der Betroffenen (53 Prozent) sind Frauen. Die absolut meisten Vollzeit-Niedrigeinkommen gibt es in Wien (rund 51.800), Oberösterreich (rund 46.500), Niederösterreich (rund 46.000) und der Steiermark (rund 38.800). In diesen vier Bundesländern wohnen mehr als zwei Drittel der niedrig entlohnten Beschäftigten:

Vollzeitbeschäftigte mit weniger als 1500 Euro brutto im Monat Personen-Anzahl 2013

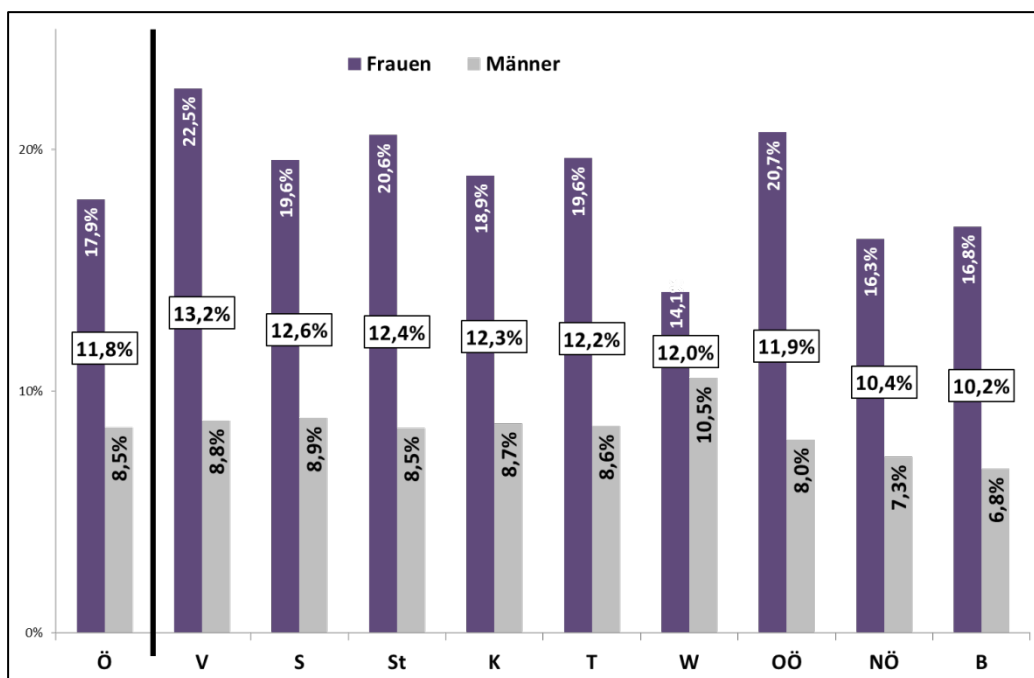


Adaptierte Jahresbruttobezüge (= Brutto ohne Bezüge gem. Einkommenssteuergesetz § 67 Abs. 3-8, das sind z.B. Abfertigungen) aller lohnsteuerpflichtigen Arbeitnehmer/-innen mit ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung; regionale Zuordnung nach Wohnort und nicht nach Arbeitsort, Jahres-Vierzehntel; Q: Sonderauswertung von Statistik Austria auf Basis der Lohnsteuerstatistik 2013, AK-OÖ

Österreichweit verdienten knapp zwölf Prozent der Vollzeitbeschäftigten unter 1500 Euro brutto. Den höchsten Niedrigverdienst-Anteil mit mehr als 13 Prozent weist Vorarlberg auf. Oberösterreich liegt etwa im Bundesschnitt.

Frauen sind häufiger als Männer von niedrigen Vollzeiteinkommen betroffen. Während weniger als neun Prozent der vollzeitbeschäftigten Männer weniger als 1500 Euro verdienen, sind es bei den Frauen doppelt so viele (etwa 18 Prozent). In Vorarlberg liegen sowohl der Männer- als auch der Frauenanteil über dem Schnitt. In Oberösterreich liegt der Männeranteil mit acht Prozent etwas unter dem Durchschnitt, der Frauenanteil aber mit mehr als einem Fünftel deutlich darüber:

Vollzeitbeschäftigte mit weniger als 1500 Euro brutto im Monat Beschäftigtenanteile 2013



Adaptierte Jahresbruttobezüge (= Brutto ohne Bezüge gem. Einkommenssteuergesetz § 67 Abs. 3-8, das sind z.B. Abfertigungen) aller lohnsteuerpflichtigen Arbeitnehmer/-innen mit ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung; regionale Zuordnung nach Wohnort und nicht nach Arbeitsort, Jahres-Vierzehntel; Q: Sonderauswertung von Statistik Austria auf Basis der Lohnsteuerstatistik 2013, AK-OÖ

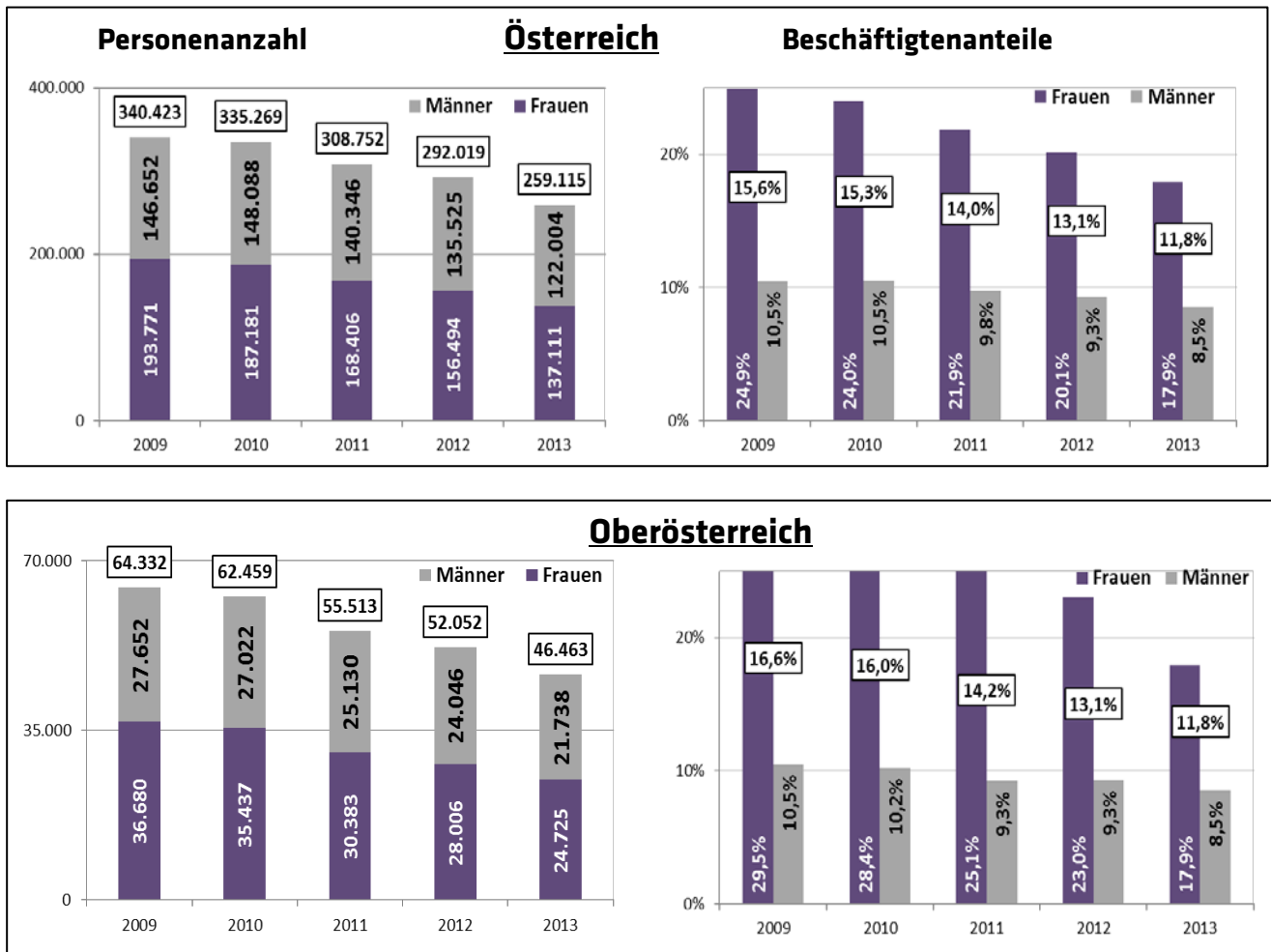
Positive Entwicklung: Niedrigeinkommen werden weniger

Aufgrund lohnpolitischer Verhandlungserfolge der Gewerkschaften sind Jahr für Jahr immer weniger von niedriger Entlohnung betroffen. Gemessen an der aktuellen gewerkschaftlichen „Zielmarke“ für die zu erreichende absolute Lohnuntergrenze von 1500 Euro zeigt sich, dass 2009, im Jahr der großen Finanz- und Wirtschaftskrise noch mehr als 340.000 Arbeitnehmer/-innen, das waren mehr als 15 Prozent der Vollzeitbe-

schäftigten, weniger als 1500 Euro brutto verdienen. In Oberösterreich waren es es rund 64.300 bzw. 17 Prozent:

Vollzeitbeschäftigte mit weniger als 1500 Euro brutto im Monat

Entwicklung seit der Krise 2009



Anteile an allen lohnsteuerpflichtigen Arbeitnehmern/-innen mit ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung
Quelle: Sonderauswertung von Statistik Austria auf Basis der Lohnsteuerstatistiken 2009- 2013, AK-OÖ

Werden 1300 Euro brutto – das bis zuletzt gültige „Vorgänger“-Mindestlohnziel – als Schwellwert herangezogen, dann zeigt sich, dass 2009 noch etwas mehr als jeder Zehnte (11 Prozent) darunter entlohnt wurde. Bis 2013 hat sich dieser Anteil auf acht Prozent reduziert. In gleichen Jahr beschloss der ÖGB 1500 Euro als neuen, zu erreichenden Brutto-Mindestlohn.

100.000 Betroffene in Handel und Produktion

Mit zusammen 100.000 Beschäftigten (Oberösterreich 22.000) haben die beiden Branchen „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ sowie

„Warenherstellung“ 2013 am häufigsten unter 1500 Euro trotz Vollzeit entlohnt: 59.000 Handelsbeschäftigte (Oberösterreich 10.900) und mehr als 41.000 Produktionsbeschäftigte (Oberösterreich 11.200) verdienten unter diesem Wert.

Fast die Hälfte im Hotel- und Gastgewerbe betroffen, acht Prozent in der Produktion

Verhältnismäßig zu allen in den jeweiligen Branchen Vollzeitbeschäftigten waren in der gewerkschaftlich gut organisierten Produktion insgesamt unterdurchschnittliche acht Prozent betroffen (Frauen allerdings 17 Prozent, Männer sechs Prozent). Im Handel war es mit 18 Prozent knapp ein Fünftel (Frauen 28 Prozent, Männer zwölf Prozent). Und in der absolut dritthäufigsten „Niedriglohnbranche“ Hotel- und Gastgewerbe waren prozentuell am meisten betroffen: 46 Prozent verdienten weniger als 1500 Euro brutto (Frauen 53 Prozent, Männer 38 Prozent).

Ausmaß der Niedrigentlohnung insgesamt noch viel höher

Die oben angeführten Daten beziehen sich nur auf einen Teil aller Beschäftigten – nämlich auf jene, die laut Lohnsteuerstatistik ein ganzes Jahr lang einen Vollzeitjob hatten. Diese Teilgruppe entspricht etwa der Hälfte (52,3 Prozent) aller Beschäftigten. Auch Teilzeitbeschäftigte sowie alle jene, die unter einem Jahr Vollzeit arbeiteten, bekommen oft niedrige Löhne oder Gehälter, die anteilig den 1500 Euro für Vollzeit entsprechen. Wieviele das sind, ist aufgrund der Datenlage nicht eruierbar. Würde beispielsweise der Anteil der Betroffenen so hoch sein wie in der Gruppe der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten (zwölf Prozent), dann würden zu den knapp 260.000 Vollzeitbetroffenen mehr als 200.000 Teilzeit- und unterjährig Beschäftigte dazukommen.

Für 58 Prozent ist es schwer, mit dem Einkommen auszukommen

Kein Wunder, dass viele mit ihrem gesamten Einkommen (Lohn, Sozialleistungen usw.) nicht auskommen: Laut dem österreichischen Arbeitsklima Index der AK OÖ kommen 58 Prozent gerade noch (48 Prozent) oder gar nicht (10 Prozent) mit ihrem Einkommen aus. Besonders hoch ist der Anteil bei den Arbeitern/-innen, wo dies auf mehr als zwei Drittel zutrifft. Unter den Hilfsarbeitern/-innen sind es sogar mehr als drei Viertel.

Lohnsteuer-Senkung erhöht Kaufkraft

Durch die Lohnsteuerreform treten ab 2016 mehrere kaufkraftstärkende Maßnahmen in Kraft: Besonders die Senkung des Eingangssteuersatzes um mehr als zehn Prozentpunkte (von 36,5 auf 25 Prozent) sowie die Erhöhung der Negativsteuer (Steuerzuschritt für Niedrigverdienende) erhöhen den Nettolohn deutlich.

Forderungen

Angemessene Standards auf hohem Niveau müssen flächendeckend in allen Branchen gelten. Die Um- und Durchsetzung würdiger Arbeits- und Einkommensbedingungen hängt in hohem Maße von der (Mitglieder-)Stärke der Gewerkschaften ab.

Aktuell kämpfen die Gewerkschaften dafür, dass in jeder Branche eine Lohn- bzw. Gehaltsuntergrenze von mindestens 1500 Euro brutto pro Monat erreicht wird. In einigen Branchen konnten deutliche Fortschritte erzielt werden – etwa im Handel, der 2013 noch absolut größten „Niedriglohnbranche“. Dort wurde von der Gewerkschaft ein ab heuer geltendes Vollzeit-Mindestgehalt von 1500 Euro brutto erreicht.

Die Beseitigung kollektivvertragsfreier Bereiche ist unabdingbar. Konkret muss die Absicherung aller Arbeitnehmer/-innen, auch jener in den Freien Berufen, durch Kollektivverträge gelingen. Sollte die flächendeckende Umsetzung von wesentlichen Mindeststandards an der Arbeitgeberseite scheitern, ist der Weg eines Generalkollektivvertrags denkbar.

Die AK Oberösterreich fordert:

- Anhebung der KV-Mindestlöhne und -gehälter auf 1500 Euro in allen Branchen
- Faire Lohn- und Gehaltserhöhungen zur Stärkung der Kaufkraft
- Gleicher Lohn für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer
- Korrekte Einstufungen laut Kollektivvertrag
- Korrekte Bezahlung der Über- und Mehrarbeitsstunden
- Informationspflicht bei Unterbezahlung (durch Gebietskrankenkasse und Finanzamt nach Kontrollen) sowie Abschaffung kurzer Verfallsfristen
- Wirksame Umsetzung des Lohn- und Sozialdumping-Gesetzes durch verstärkte Kontrollen mit entsprechender Personalausstattung

- Modernisierung des Arbeitsrechts: Erweiterung des Arbeitnehmerbegriffs – neben der persönlichen muss auch auf die wirtschaftliche Abhängigkeit geachtet werden; für sogenannte „Scheinselbständige“ muss der kollektivvertragliche Schutz gelten.